



wie der ehrenwerthe Richterstand. Dort waren es Arbeiter, die gegen Arbeitgeber für ein Recht kämpften — hier sind es Arbeitgeber, die Arbeitern ein Recht verweigern — das ist freilich ein wesentlicher Unterschied. Ueber die weitere Entwicklung des Postens läßt sich mit Bestimmtheit nichts vorhersehen. Daß 300,000 Menschen, die keine Erbsparnisse zu vererben haben, nicht lang ohne Erwerbsquelle bleiben können, liegt auf der Hand. Die Arbeiter suchen deshalb ihre Zahl möglichst durch Auswanderung nach England zu vermindern. Gelingt das, so sind Chancen des Erfolgs vorhanden. Jedenfalls haben die Arbeitgeber eine mehrwöchentliche Unterbrechung der Arbeiten in den Kreis ihrer Berechnung, ja Spekulation gezogen.

Frigische bringt eine zornige Antwort auf die neuliche Anfrage des „Volksstaat“. Hätte er sich in dem Artikel, der die Anfrage veranlaßte, nur halb so deutlich ausgedrückt als er in der Antwort — grob ist, so würde die Anfrage nicht erfolgt sein. Etwas weniger Grobheit und etwas mehr Klarheit wäre der Antwort zu wünschen — indes, da Herr Frigische die Tendenz des „Volksstaat“ ausdrücklich billigt, so sind weitere Bemerkungen überflüssig. Die Bormirke, die er dem „Volksstaat“ macht, widerlegen sich durch den „Volksstaat“ selbst, in dem Herr Frigische die betreffenden Partien nochmals durchlesen möge.

## Zur Entgegnung.

Der Verfasser des Berichts aus Nürnberg in Nr. 3 des „Volksstaat“ wünscht eine Erläuterung einer Stelle in dem Artikel „Ein Rückblick“ in Nr. 104 des „Volksstaat“, wo es heißen soll: „die Parteiorganisation ist bei der Ausbreitung der Partei leer ausgegangen, und dem Ausschuss ist kein Pfifferling zugesandt worden.“ Der Verfasser des Nürnberger Berichts sehe sich nur erst die betreffende Stelle genauer an, und er wird finden, daß er falsch zitierte und seine Schlussfolgerung aus jener Stelle folglich auch eine falsche ist.

Es heißt in dem Artikel „Ein Rückblick“ in Nr. 104 wörtlich: „Unsere Parteiblätter in Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Nürnberg und Fürth veröffentlichen beständig Anzeigen von Volksversammlungen in ihrer Umgebung und berichten über neue Ausbreitung der Partei, aber die Parteiorganisation ist leer ausgegangen und dem Ausschuss ist kein Pfifferling zugesandt worden.“ Wir glauben, das ist klar für Jeden, der ein bisschen denken kann. Es wird nicht behauptet, die Parteimitglieder in Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Grimnitzschan, Nürnberg, Fürth bezahlten nicht ihre Parteisteuern — das wäre sehr blamabel, wenn es nicht geschähe — sondern es wird behauptet von der Gründung jener Blätter, von ihrem Einfluß auf das Gebiet ihrer Umgebung hat die Parteiorganisation, trotz der vielen Versammlungen, welche von ihnen angezeigt wurden und in welchen den Parteiprinzipien neue Anhänger gewonnen wurden, keinen Nutzen bisher gehabt, weil kein Anschluss an die Parteiorganisation und keine Steuerzahlung erfolgt. Und da erlauben wir uns allerdings im Gegensatz zu der Anschauung des Nürnberger Korrespondenten die Ansicht auszusprechen, daß nur derjenige zur Partei gehört, der auch seine Pflicht gegen die Partei erfüllt. Dazu gehört in erster Linie die regelmäßige Steuerzahlung, ohne welche kein Verwaltungsorganismus bestehen kann.

Bei unserer Partei ist aber die regelmäßige Steuerzahlung eine Lebensfrage; unsere Partei darf keinen Tag ruhen, sie muß beständig kämpfen, sich auszudehnen trachten, neue Kreise ihren Prinzipien zu gewinnen suchen. Das kann nur geschehen durch die Agitationen, durch stete ununterbrochene Agitation, und hierzu gehören Mittel. Also, wer Parteigenosse sein will, hat nicht nur selbst nach Maßgabe seiner eignen Kräfte für die Ausbreitung der Partei zu wirken, er muß auch die Parteileitung, die zu diesem Zwecke da ist, in den Stand setzen, dies in möglichst großem Maßstabe auszuführen. Und hierzu sollen ganz besonders die Parteiorgane beitragen — deren Thätigkeit in dieser Beziehung gleich Null war. Damit aber der Nürnberger Korrespondent nicht glaubt, wir redeten nur in den Tag hinein ohne das Gesagte zu beweisen zu können, so wollen wir ihm Folgendes vorhalten: Das „Demokratische Wochenblatt“ in Fürth-Nürnberg hat nach seiner eigenen Angabe 3000 Abonnenten, die sicher nicht allein aus Nürnberg-Fürth, sondern auch aus den umliegenden Städten und Ortschaften sich rekrutieren. Von den 3000 Abonnenten des „Demokratischen Wochenblattes“ sind höchstens 4—500 in den beiden Städten Nürnberg-Fürth wirklich der Parteiorganisation angehörig und zahlen ihre Steuern.

Aber von den zahlreichen Ortschaften um Nürnberg-Fürth, wir nennen nur Erlangen, Schwabach, Lauf, Langenzenn, Rothenbach und den zahlreichen Industriedörfern ist in keinem eine Parteimitgliedschaft gebildet, obgleich überall das „Demokratische Wochenblatt“ sicher gelesen wird. Das haben wir getadelt, und nicht bloß von Nürnberg-Fürth, sondern von den Sigen aller Parteiorgane, Leipzig als Sitz des „Volksstaat“ nicht ausgenommen. Wir verlangen, die Parteiorgane sollen nicht nur ihre Kreise auszudehnen suchen und die Parteiprinzipien — wir wünschen sogar schärfer als es bisher hier und da geschehen — vertreten, sondern auch für die Parteiorganisation bei jeder Gelegenheit eintreten. Es sollte z. B. jedes Parteiorgan, sobald der Ausschuss die Liste der Säumigen im „Volksstaat“ veröffentlicht, die Orte seines Bezirkes herausgreifen und extra an den Pranger stellen; und nicht allein diejenigen Orte, welche ihre Pflichten nicht erfüllten, sondern auch diejenigen Orte, die es noch nicht der Mühe werth hielten, sich der Parteiorganisation anzuschließen, obgleich zahlreiche Gesinnungsgenossen darin vorhanden sind. Das würde helfen und der bisherigen Unordnung und Nachlässigkeit ein Ende machen.

Der Verfasser des „Rückblicks“, der weder zum Ausschuss, noch zur Kontrollkommission, noch zur Redaktion gehört.

## Welches Prognostikon unsere Gegner uns stellen.

Im Planener „Boigtändischen Anzeiger“ befanden sich vor einigen Monaten „Streiflichter auf das Volksschulwesen“, — Artikel, die allem Anschein nach vom Redakteur des Blattes Professor Jessing, dem Zeugen im Leipziger Hochverratsprozess, herrühren. Was uns, außer dem bisweilen süßlich-sentimentalen Ton dieser Arbeit, darauf ganz besonders schließen läßt, ist der Umstand, daß das Thema „Was fordert das gewerbliche und soziale Leben von der Schule?“ erst die Ueberschrift zu Nr. 16 in der Serie dieser Artikel bildet. Und zwar spricht der Verfasser Folgendes:

„Die Sozialdemokratie hat mit ihren Bestrebungen durch die politischen Errungenschaften Deutschlands in den letzten Jahren, sowie nicht minder durch den nach dem Kriege erfolgten Aufschwung des Arbeits- und Geschäftslebens in unserem Vaterlande viel an

Boden verloren (!). Wäre Deutschland in seinem Niesenkampf gegen Frankreich unterlegen, so konnte es leicht geschehen, daß die Kommune statt in Paris mitten in Deutschland ihren blutigen (?) Thron aufgerichtet hätte. In einem Jahre aber wurden zwei mächtige Feinde Deutschlands für längere Zeit zum Waffensinken (!) gezwungen (!!).“

„Ähnlich den Jesuiten und deren Gesinnungsgenossen sind jedoch die Sozialdemokraten in ihren Bestrebungen von der zähesten Ausdauer. Trotz aller Niederlagen geben sie die Hoffnung auf ihren endlichen Sieg nicht auf. Ihr letztes Ziel ist im Grunde genommen ein und dasselbe: Umsturz der bestehenden Verhältnisse — durch Blut (!) und über Trümmer zur Herrschaft! Ein Unterschied in der Thätigkeit Beider ist bloß der, daß die Einen vorgeben, Alles „zur größeren Ehre Gottes“ zu thun, während die Andern zu Rettern des armen geknechteten „Arbeiters“ sich stempeln. Dabei lassen beide Parteien, wenn sie es für gerathen halten, an friedlichen Verhandlungen nicht fehlen. Wir haben doch die Jesuiten bei den Reichstagsverhandlungen über das Jesuitengesetz von ihren Freunden und Helfershelfern wegen ihrer ersprießlichen und friedlichen Thätigkeit sich rühmen lassen! Wer weichen Gemüthes war und die gleichförmigen Phrasen für baare Münze nahm, konnte wahrhaftig bis zu Thränen gerührt werden.“

„Auch die Führer der Sozialdemokraten versichern, wenn sie vor der Obrigkeit wegen ihres Agitirens sich zu verantworten haben, daß sie durchaus nicht blutigen Umsturz haben wollen, sondern den Umschwung der bestehenden Verhältnisse auf friedlichem Wege anzubahnen sich bestreben. Wenn das wahr ist — wenn sie dem Proletariat wirklich ohne Blutvergießen und ohne Raub und Plünderung zu einer menschenwürdigeren Existenz verhelfen wollen — dann Ehre diesen Männern! Allein dann müssen sie andere Wege zu ihrer Volksbeglückung einschlagen und ihre Reden an das Volk dürfen nicht so sehr nach Pulver riechen.“

„Alle Parteien nun, welche nach Einfluss auf die Masse des Volks streben, suchen die Reihen ihrer Anhänger gleich von Jugend auf gefügig und ihren Grundfängen zugänglich zu machen. Daher soll die Volksschule ihr Aischenbrödel sein und ein Geschlecht erziehen helfen, das willig Ordre parirt. Von den pfäfflich-jesuitischen Gelästen, die Schule für sich allein in das Schlepptau zu nehmen, wollen wir heute absehen. Auf dieses Kapitel kommen wir das nächste Mal.“

„Heute haben wir zunächst darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie sich allen Ernstes bemüht, Einfluss auf die Entwicklung des Volksschulwesens sich zu verschaffen. Mit ihren Bestrebungen würden die Führer der Sozialdemokraten natürlich, wenn auch langsam, in besseres Fahrwasser kommen, wenn der Lehrerstand ihren Einflüsterungen und Vorschlägen willig Gehör schenkte und ihr Programm, pädagogisch zubereitet, der Jugend in kleinen Dosen nach und nach zum Eigenthum machte.“

„Während der deutschen Lehrerversammlung in Hamburg liegen die Sozialdemokraten sich es besondere Mühe kosten, Zutritt zu den Versammlungen zu erhalten und Lehrerkreise zum Besuche der von ihnen selbst in Hamburg und Altona beabsichtigten sozialdemokratischen Versammlungen zu bewegen. Wir wissen nicht, ob ihre Mühe völlig vergeblich gewesen ist.“

„Wie hat aber die Schule diesen Versuchen sich gegenüber zu verhalten? Die Schule soll dem ganzen vollen Leben in seinen mannigfachen Beziehungen zu Diensten sein und darf sich nicht zum Werkzeug einer Partei machen lassen.“

„Das Leben fordert sittlich-religiös (!!) gesunnte Menschen; es fordert brauchbare Staatsbürger; es fordert nützliche und geschickte Arbeits- und Geschäftsleute, verständige Gemeinde- und Familienglieder. Zu dieser allseitigen Bildung hat die Schule in dem ihr anvertrauten Geschlechte die Keime zu entwickeln und zu kräftigen. Das ist die Aufgabe der Volksschule, welche ihr von Natur und Vernunft vorgezeichnet ist. Jeder Partei, welche die Arbeit der Schule für sich zur Erreichung von Sonderinteressen ausbeuten möchte, hat die Schule einfach die Freundschaft anzukündigen. Thut sie das nicht, so wird sie gar bald von den einzelnen Parteien im Staatsleben wie ein schwankendes Rohr hin und hergetrieben werden.“

Wir brauchen die gänzlich irrigen Anschauungen des Verfassers, daß die Sozialdemokratie in den letzten Jahren „an Boden verloren“ habe, nach „Pulver“ rieche und „Blut“-dürstig sei, nicht zu widerlegen. Der Herr Verfasser scheint sich noch immer nicht vom Leipziger Hochverratsprozess erholt zu haben, der in ihm jene Geistesverwirrung erzeugt hat. Wichtiges an dem ganzen Artikel finden wir nur in dem Wink, daß uns, wenn wir die Schule erobert haben, dann die andern Siegesfrüchte von selbst in den Korb fallen. Falsch aber ist hinwiederum, daß wir die Schule zu Parteizwecken mißbrauchen wollen. Unsere Sache identifiziert sich mit der Sache der Menschheit, nicht mit Sonderinteressen eines Bruchtheils derselben; wenn wir die Schule in unserm Sinn umgestalten, betreiben wir also nicht das, was man sonst schlecht hin „Parteizweck“ nennt, sondern das Gemeininteresse.

Und was endlich die Verwirklichung jenes Planes anbetrifft — die Schule in unsere Hände zu bekommen — so ist sie nicht so fern, wie Viele unter unsern Freunden und Feinden glauben. In Deutschland werden wir zunächst in Sachsen — sobald durch noch einige brillante Kommunalwahl-Siege das städtische Heft in gute Hände gelangt — schon in wenigen Jahren zu experimentiren anfangen können. Wir halten den Weg dieser kommunalen Revolutionierung — falls er rechtzeitig überall geobnet wird — für das einzige Mittel, um das große soziale Endziel ohne weltgeschichtliche Tragödien zu erreichen.

## Gewerksgenossenschaftliches.

### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Dresden, 10. Januar. Abrechnung des Vororts Dresden bis mit 31. Dezember 1872. Kassenbestand am 1. Oktober 1872 Thlr. 45 22 7, Beitrag aus Nürnberg 8 2 8, Regensburg — 25 8, Dresden (2 Posten) 9 14 5, Würzburg (2 Posten) 11 19 —, Offenbach (2 Posten) 19 16 1, Erfurt (2 Posten) 17 12 5, Braunschweig 6 — —, Gießen (2 Posten) 5 23 —, Balingen 1 17, 4, Leipzig 2 — —, Fürth 6 25 6, Chemnitz 2 — —, Stuttgart 8 17 —, Weimar 5 5 5, Pforzheim 9 21 4, Schweinfurt 1 4, 2, Dresden Monat November u. Dezember 6 5 5, Summa der Einnahme 167 23 —. Ausgabe: Unterstützung nach Stuttgart Thlr. 6 — —, 6 Stück Antrittsstempel 2 — —, 1000 Stück Mitgliedsarten 3 20 —, für Porto incl. Verwaltung Oktober, November und Dezember 16 24 9, Summa der Ausgaben 28 14 9, Abchluss: Summa der Einnahmen Thlr. 167 23 —, Summa der Ausgaben 28 14 9, Kassenbestand 139 8 1.

August Stengel, Hauptkassirer.

Schölzel, E. Liebsch, Johann Klemp,

Revisoren.

In Schweinfurt ist Bevollmächtigter Kaspar Fejer, Kirch-

gasse 233; Schriftführer Carl Heinze, Erhard Ebner, Bauerngasse 852.

Gewerksgenossen! Euch Allen unsere besten Wünsche zum neuen Jahr. Bliden wir zurück auf die Zeit, wo wir (vor noch nicht ganz fünf Monaten) die Verwaltung übernahmen, so können wir und mit jeder verständige College mit Freuden konstatiren, daß das Kassenverhältnis heute ein sehr erfreuliches ist. Aber es bleibt sehr viel zu thun und zu wünschen übrig; von dem Stand der Hauptkasse hängt die Erreichung unseres Zieles wesentlich ab. Die Hebung unseres Gewerkes, resp. die Verbesserung unserer Lage durch Gründung von Unterstützungskassen läßt sich nicht von den Einzelnen in Monaten herbeiführen, es gehört dazu die Bethätigung der großen Masse, nur sie kann durch Ausdauer und treuen Festhalten am Prinzip in kurzer Zeit das Ziel erreichen. Möge jeder College Sorge tragen, daß der nächste Jahreswechsel ein noch viel besseres Resultat aufzuweisen hat.

Grüß an alle Mitgliedschaften!

Für den Verwaltungsrath:  
H. Bilger.

## Internationale Gewerkschaft der Maler, Lackirer, Vergolder

Regensburg. Kollegen Süddeutschlands! Brüder, reicht die Hand zum Bunde! so rufen wir Euch zu, denn wir wollen nicht länger dulden, daß aus uns Maschinen ohne Geist und Willen gemacht werden. Nicht länger dulden, daß man uns anbeutet für einen kleinen Lohn bei guter Geschäftszeit, während die lang schlechte Geschäftszeit uns gar keine Möglichkeit bietet, unser Dasein zu fristen. Deshalb, Kollegen, tretet ein in unsere Gewerkschaft, wir und unsere Brüder in Braunschweig werden Euch unterstützen so viel nur in unseren Kräften steht. Einig sind wir Alles, getrennt Nichts. Also auf, organisiert Euch; wir werden alles auf bieten zur Agitation.

Alle Arbeiterblätter werden um Veröffentlichung dieses Aufrufs gebeten. Alle Anfragen sind zu richten an den Unterzeichneten Mit Grüß und Handschlag

Jos. Blager, Bevollmächtigter, 119 e Pfarrergasse.

## Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg, 13. Januar. Der vom 8. bis 11. Dezember hier abgehaltene Congress deutscher Schiffszimmerer hat eine allgemeine Einigung auch dieser Arbeiter erzielt und sind die Beschlüsse des selben im entschiedenen sozialdemokratischen Sinne ausgefallen. Als Beleg hierfür möge es gestattet sein, den § 1 der von demselben ausgearbeiteten Statuten hier anzuführen. Derselbe lautet:

§ 1. Unter dem Namen „Allgemeiner deutscher in Hamburg domicilirender Schiffszimmererverein“ begründet die Unterzeichneten für die Mitglieder der deutschen Schiffszimmerer eine Verbindung, welche den Zweck verfolgt: a. durch gemeinsames Zusammenhalten die Verhältnisse in materieller wie in geistiger Beziehung zu heben und durch friedliche und legale Mittel den zehnstündigen Normalarbeitstag herbeizuführen; b. doch soll die Förderung und Ausbreitung der Idee: das Pöhnungssystem in jeder Form zu beseitigen und an Stelle des Arbeitslohnes den Arbeitsertrag zu setzen, die Hauptaufgabe des Vereins sein.“

Eröffnet wurde der Congress von dem Vorsitzenden der Hamburger Schiffszimmerer mit einer herzlichen Ansprache an die Delegirten; derselbe wies auf die erfreuliche Thatsache hin, daß die Versammlung ein berechtigtes Zeugniß ablege von der fortschreitenden Bewegung unter den Arbeitern im Allgemeinen, der auch die deutschen Schiffbauer fernest sich nicht mehr entziehen dürfen und können, und daß der gegenwärtige Congress von den Hamburger Schiffbauern zu dem Zwecke einberufen worden, eine allgemeine Einigung aller deutschen Schiffszimmerer zu erzielen, und auf solche Weise eine Verbesserung der Lage aller diesem Gewerke Angehöriger zu erstreben.

Nach viertägiger unausgesetzter Berathung vollendete der Congress seine Arbeiten, und nachdem als Sitz des Vorortes Hamburg bestimmt, als Vereinsorgane der „Neue Sozial-Demokrat“ und der „Volksstaat“ angenommen worden, schloß der Vorsitzende den ersten Congress der „Vereinigten deutschen Schiffszimmerer“, daran der Wunsch knüpfend, daß die nächste statutenmäßig stattfindende Generalversammlung ebenso erfreuliche Resultate in fortschreitender Richtung zu Tage fördern möge, wie der gegenwärtige Congress solche geliefert habe, damit, wenn wir selbst nicht mehr die Früchte solcher Gesinnungen können, dieselben doch unseren Nachkommen in vollstem Maße zu Theil werden möchten. Die versammelten Delegirten stimmten herzlich in diesen Wunsch ein und gelobten feierlich, in dem ausgesprochenen Sinne mit allen ihren Kräften zu wirken.

In einer gestern abgehaltenen allgemeinen Versammlung der Schiffbauer Hamburgs und Umgegend wurden nach Verlesung des Congress-Protokolls die Statuten unter großer Begeisterung einstimmig angenommen. Es war erfreulich, diese aus über vierhundert Personen bestehende Versammlung von echt sozialdemokratischem Geiste erfasst und Zeugniß ablegen zu sehen von dem ernstgemeinten Entschlusse, mit einzutreten in die große Kulturbewegung von der bald alle Arbeiterklassen erfasst sein werden. Unter begeisterten Hochs auf die sozialdemokratische Bewegung und die noch theilweise anwesenden auswärtigen und die heimischen Delegirten trennte sich die Versammlung unter Absingung der „Marseillaise“ nach mehr als dreistündiger Berathung.

Im Auftrage des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Schiffszimmerervereins:  
H. Peters, pr. Nr. Im Kranzhaufe, Brook 66.

## Correspondenzen.

Leipzig, 12. Jan. Der „Neue Sozial-Demokrat“ ist sehr großmüthig. Er empfiehlt in seiner Nummer 4 den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und dessen Anhängern im 17. sächsischen Wahlbezirk gegen die Kandidatur Babels „nicht das Gerungste zu unternehmen“. Damit unsere Parteigenossen diese gnädige Herablassung des „Neuen“ auch richtig würdigen wollen wir ihnen mittheilen, daß die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nebst ihrem Anhang im ganzen 17. Bezirk höchstens 20 Köpfe zählen, wovon der 3. Theil kaum wahlfähig ist. Es geht wirklich nichts über die „Großmuth“.

Berlin. Die Nummer 10 der „Demokratischen Zeitung“ ist konfiscirt wegen Abdrucks eines der „N. B. Landeszeitung“ entlehnten Artikels „Aus Baden.“ Die „Demokratische Zeitung“ konstatiert bei dieser Gelegenheit, daß das Polizeipräsidium jedw. Auskunft über den Anlaß der Konfiscation verweigerte.

Wemse, 10. Januar. Nachdem wir mit sämmtlichen noch schulpflichtigen Kindern in das Dissidentenregister eingetragen waren, glaubten wir jeder weiteren Scherelei von seiten der schwarzen Herren überhoben zu sein. Mein Mann meldete dem Lehrer, daß wir auf Grund des Dissidentengesetzes §. 20 Abth. 2 das Recht hätten, für die religiöse Erziehung unserer Kinder selbst zu sorgen.

daß wir ihnen Bibel, Spruch- und Verbbuch wegzunehmen, und hater denselben, andere Aufgaben zu geben, und sie während der Religionsstunden nach Hause zu schicken. Statt dessen ist unser 13jähriger Sohn an jedem Herfestage um einen Schüler heruntergesetzt worden, weil er sich weigerte, die Hauptstücke der lutherischen Konfession herzusagen, jetzt ist er der Letzte in der Klasse. Am 8. Januar ist der Herr Pastor in der Schule erschienen, und nachdem er unserm Sohn eine tüchtige Predigt gehalten, erklärte er, daß derselbe wegen Widerpenstigkeit und Unfolgsamkeit zweimal Schulstrafe erhalten solle, und wenn das nicht helfe, so würde er aus der Schule gestossen und in eine Anstalt untergebracht!! —

Erinnert dieses Verfahren nicht an den Judenknaben in Mortara, der von katholischen Priestern seinen Eltern geraubt und in einem Kloster erzogen wurde. — Weil wir unsere Kinder nicht nach einer Schablone wollen zuzingen lassen, sondern zu deutlichen Menschen, droht man uns, dieselben uns zu entreißen, und tritt die Geseze mit Füßen. — Nun bange machen gilt nicht. Und wenn Sie es nicht wissen sollten, Herr Pastor, so sei es Ihnen hiermit gesagt, der §. 32 der Verfassungsurkunde des Königreichs Sachsen vom 4. September 1831 besagt: „Jedem Landeseinwohner wird völlige Gewissensfreiheit und in der bisherigen oder der künftig gesetzlich festzusetzenden Maße, Schutz in der Gottesverehrung seines Glaubens gewährt.“ Möge der Herr Pastor als Schulvorstand lieber darauf sehen, daß in der untersten Klasse mehr als sieben Schulstunden wöchentlich abgehalten werden, wie dieses schon oft geschehen.

**Nürnberg, 14. Januar.** Aufruf an alle Buchbinder, Portefeuille- und Cartonnagenarbeiter in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz. Kollegen! Der Ruf nach Organisation unseres Gewerbes ist erschollen; er hat einen kräftigen Wiederhall gefunden überall da, wo sich bereits Kollegen um ihre Interessen bekümmert und sich vereinigt haben. Blicken wir auf die schlechte Lage, in der wir uns befinden anderen Gewerben gegenüber, blicken wir hin, wie die Arbeitgeber allerorts zusammenstehen und selbst die billigsten Forderungen ihrer Arbeiter mit Hohn zurückweisen, so wird sich Keiner verhehlen können, daß von Seiten unserer Berufsgeossen etwas geschehen muß, um beruhigter der Zukunft entgegen sehen zu können. Kollegen allerorts! Zur Wahrung unserer gegenseitigen Interessen ersuchen wir Euch, zusammenzutreten und eine Organisation zu schaffen, damit jenem auf uns lastenden Druck mit offener Stirn begegnet werden kann. Die Kollegen in Nürnberg-Fürth haben ein Comité gebildet und berufen hiermit zu Ostern d. J., den 12., 13. und 14. April, einen allgemeinen Buchbindertag nach Nürnberg ein.

Kollegen! Zeigt, daß Ihr eure Lage begriffen habt und beschickt den Buchbindertag zahlreich. Im Auftrage des Fachvereins Nürnberg-Fürth: Das Comité zur Einberufung des Buchbindertags: Dreyforn, Fuß, Meier, Lorenz, Luth, Kidaish, Hiesla, Weigel, Hagenbauer. Alle Briefe bittet man zu richten an S. Hagenbauer, Schlotsegergasse Nr. 1438. Die Arbeiterblätter werden freundlichst ersucht, von Obigen Notiz zu nehmen.

**Nürnberg.** Wie die Bourgeoisie Weihnachten feiert. Zur Feier des Weihnachtstages führte der Nürnberger Männer (?) Gesangverein eine Mordgeschichte auf unter dem Titel: „der Petroleumfries“, welche eine Verspottung des Herrn Dr. Wool beabsichtigte. Der lithographirte Text besteht aus nicht weniger als 33 Strophen. Herr Santer von der Pegnitz, Pfarrer P. J., Dr. med. Wilhelm Beckh und Herr Rathöverweser Jäger sollen ihn gemeinsam verfertigt haben. So sieht er auch aus. Die Auführung war nach Schilderung von Augenzeugen eine meisterhafte. Das Mordstied wurde von Herrn Baron von Schaden und Herrn Hammerbacher nach einer nationalliberalen Melodie glänzend vorgegetragen. Der Ersiere der Herren ist Miteigenhümer des „Correspondenten von und für Deutschland“, bekannt als Handwurst und Postentseifer, durch seine Liebesabenteuer in mancher Beziehung anrüchig, als Jurist unbrauchbar und auf seinen kleinen Stammbaum nicht wenig stolz. Der Andere ist ewiger Rechtspraktikant, wenn sich nicht der Hochlöbliche seiner als Nürnberger Kind erbarmt und eine neue Rathöverweserstelle für ihn gründete, im Uebrigen der reine Herr Garnichts, der ein glückliches Dasein führt, so lange ihm die Biergrochen nicht ausgehen. Der Kenner hatte bei der höchst gelungenen Aufführung Gelegenheit, besonders bei Herrn von Schaden große Talente zum Vankelstänger zu entdecken welche durch längeren intimen Umgang mit einer Italienerin einen hohen Grad der Ausbildung erreicht haben. Herr Landwhehlentenant Förderreuther, von der Firma Förderreuther, spielte die Rolle einer „zweifelhaften“ Orgeldame so ausgezeichnet, daß Alles entzückt war. Kafende Applaus, die mit dem Wiehern einer fürstlichen Stute viele Ähnlichkeit hatten, bezeugten, daß Inhalt wie Vortrag alle Anprüche der Nürnberger Männer (?) Gesangvereins-Mitglieder weit übertraf. Ehrend müssen wir hier noch erwähnen, daß Herr Hammerbacher das Mordbild selbst gemalt hat. Talente zu diesem Genre von Malerei sind bei ihm unverkennbar, besonders wenn es sich um zotige Partien handelt. — Und nun noch Eins. Wir begreifen nicht, warum diese Herren Gegner der Sozialdemokratie sind. Mit solchen Anlagen zum Vankelstänger, zur Jahrmarktummil und zur Drehorgel kann es ihnen nie fehlen, auch wenn sie einmal nicht mehr von ihren Reuten leben können.

**Köln, 16. Januar.** Die hiesigen Tischlergesellen haben an ihre Meister ein Zirkular gerichtet, in welchem sie Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes fordern. In dem Zirkular wird nachgewiesen, daß das Interesse der Kleinmeister ein Hand-in-handgehen mit den Arbeitern erheische. Im Auszuge lautet das Schriftstück: „Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, wie die ganz bedeutenden Preissteigerungen aller Produkte, insbesondere aber der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse, alle Handwerkermeister sowohl als Gesellen in ihrer Existenz bedrohen, und sie gezwungen haben, über Mittel und Wege zu berathen, die in Frage gestellte Existenz sicher zu stellen. Nicht allein alle andern Handwerker, auch Sie selbst, die Meister, haben ja bereits mit dieser Frage sich beschäftigt, und werden darum es um so gerechtfertigter finden, daß auch wir, die Gesellen, als ein in dieser Angelegenheit gleich sehr interessirter und berechtigter Faktor, gleichfalls unsere Meinung kundthun und unsere Forderungen aussprechen. Ja, wir sind überzeugt, daß Sie ersterer bestimmen und letztere billigen werden, sofern es uns gelingt, den Beweis zu führen, daß in dieser Angelegenheit Meister und Gesellen nicht einander entgegenstehende, sondern ganz gleiche Interessen zu vertreten haben. Die Großproduktion mit ihren Aktiengesellschaften, das Großkapital mit seinem Verschwindel, mit einem Worte: die Großindustrie, die es wenigen Müßiggängern ermöglicht im Hundmuthen Millionen zu erwerben, die den geschäftsmäßigen Vetrug zu einem rechtlichen Gewerbe gemacht hat und, geschützt durch die heutigen staatlichen Einrichtungen und Geseze, durch Schwindel-

Spekulationen und Buchergeschäft in professionmäßiger Weise die Arbeitskraft des gesammten Ha- werker- und Arbeiterstandes ausbeutet und die kolossalsten Reichthümer ergannert, sind in erster Linie die Ursache des Ruins der Handwerker. Die millionenweise Vermehrung des Reichthums in den Händen weniger Nichtshauer ist nur möglich auf Kosten des gesammten arbeitenden Volkes, findet in der von Jahr zu Jahr immer krasser hervortretenden Verarmung des Mittelstandes, der kleinen Geschäftleute und Handwerker notwendigerweise seine Erklärung. Millionenweise Verelendung Einzelner ohne Arbeit — das ist die Vorder-, Verarmung von Millionen, trotz vieler Arbeit — das die Rehrseite der Medaille.

Schon jetzt ist der Handwerkerstand durch den von Jahr zu Jahr in progressiver Weise steigenden Fabrikbetrieb in die letzte Position zurückgedrängt, die ehrlche Arbeit beim Hungerlohn angelangt.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Tischlerei im Allgemeinen (einzelne Ausnahmen andern an der Sachlage nicht) auf eine Basis gedrängt ist, auf welcher der rechtlichaffene Meister kaum mit der allgrößten Anstrengung seine Selbstständigkeit aufrecht erhalten, der Geselle dagegen mit nicht minder großer Anstrengung sein Leben fristen kann. Die geringste Stodung in der Arbeit gefährdet schon die Existenz Beider, während umgekehrt die günstigsten Konjunktoren keine Besserung dieser Lage herbeiführen.

Es muß als ein trauriger Irrthum bezeichnet werden, daß im Interesse der Meister niedrige Löhne und lange Arbeitszeit notwendig wären. Würde der Lohn auch nur um 25 Proz. steigen, so würden die Meister, gestützt auf diesen Umstand, der eine allgemeine Preissteigerung der fertigen Arbeiten zur Folge haben müßte, auch ihren Verdienst als Meister nicht nur in gleicher Weise, sondern in bedeutend erhöhter Proportion steigern können, wie dies ja in andern Geschäften, z. B. bei den Buchdruckern der Fall war.

Doch wäre dies nach unserm Dafürhalten immerhin noch nicht der einzige Weg und das richtige Mittel, unser Handwerk besser zu fundiren, denselben eine gesündere Basis zu geben. Es muß da unzweifelhaft ein noch erheblich größeres Gewicht auf eine bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit gelegt werden, die streng durchzuführen und aufrecht zu erhalten Meistern und Gesellen viel leichter fallen wird, als dies bei einer Lohnhöhung der Fall sein kann, indem hierbei eine heilsame äußere Kontrolle sehr leicht möglich ist.

Wenn Sie, die Meister, frei von jeglichem Vorurtheil, an die Frage wegen Verkürzung der Arbeitszeit herantreten, so muß ohne allen Zweifel dieser Vorschlag Ihre Billigung finden. Die Tischlerei, insbesondere die Möbeltischlerei, kann zunächst nur durch eine verkürzte Arbeitszeit empor gebracht werden. Durch das fortwährende Zuvielarbeiten sind alle Magazine überfüllt; die Meister, welche ihre Arbeiten absetzen wollen, vermögen dies nur zu Schleuderpreisen zu thun, und setzen dadurch nicht nur die Magazine in den Stand, durch Preise, bei welchen kein solides Geschäft bestehen kann, einen unheilvollen Einfluß auf die Privatarbeiten auszuüben, sondern auch die Meister werden dadurch gezwungen, den Arbeitslohn Grobden um Grobden herabzusetzen, so daß wir, trotz der seit 1870 ganz enorm gestiegenen Preise aller Lebensbedürfnisse, heut durchschnittlich nicht einmal mehr den Lohn von 1 Thlr. verdienen, welcher f. B. durch gegenseitiges Uebereinkommen zwischen Meistern und Gesellen festgesetzt wurde. Vollständig ein Beweis, daß durch Lohnhöhung allein nichts gebessert wird, zugleich aber auch muß hierbei bemerkt werden, daß durch die Lohnhöhung 1870 das Interesse der Meister nicht geschädigt, dagegen aber das allgemeine gewerliche Interesse bedeutend gefördert wurde.

Wir gehen von der Ueberzeugung aus, daß den Meistern selbst viel daran liegen muß, eine feste und sichere Grundlage für Aufbesserung der Preise zu gewinnen, die, weil für Alle gleichmäßig vorhanden, ein Zurückweichen des Einzelnen nicht gestattet, ein Herunterdrücken der Preise unter dieses Niveau unmöglich macht. Ohne eine solche feste Grundlage muß jeder Versuch, die Preise der fertigen Arbeiten zu steigern, scheitern an der Möglichkeit, durch geringen Lohn und lange Arbeitszeit die Arbeiten billiger liefern zu können. Mit einem Worte, nur der zwingende Umstand, nicht billiger liefern zu können, wird die von den Meistern gewünschte Preissteigerung von 25 Prozent möglich machen.

Fragen wir uns nun, wie kann diese Grundlage geschaffen, wie die gewünschte Preissteigerung ermöglicht und wie verhindert werden, daß die Existenz der Meister und Gesellen nicht noch tiefer herabgedrückt wird? Nun, die Antwort ist einfach: Dadurch, daß Meister und Gesellen im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse sich vereinigen, um so klagliche Zustände, wie die Tischlerei solche heute aufweist, ein für allemal zu beseitigen und sich gegenseitig verpflichten, eine zu diesem Zweck getroffene Vereinbarung mit aller Kraft durchzuführen und aufrecht zu erhalten, und gemäß unserer vorausgegangenen Auseinandersetzung

- 1) eine Verkürzung der Arbeitszeit, und
  - 2) eine Erhöhung des Lohnes
- durch gegenseitige Vereinbarung feststellen zu wollen, weil, gestützt auf solche Grundlage, die Preise der fertigen Arbeiten mit absoluter Nothwendigkeit steigen müssen und die gesammte Tischlerei gehoben wird.

Wir ersuchen Sie deshalb um Ihre Zustimmung zu folgendem Vorschlag, der unseren Wunsch über Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Erhöhung des Lohnes präzisirt, und den wir Ihnen zur Annahme angelegentlich empfehlen:

- 1) Die Arbeitszeit danert von 7 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittag (einschließlich 1/2 Stunde Frühstücks-Pause) und Nachmittags von 1 1/2 Uhr bis 7 Uhr Abends (einschließlich 1/2 Stunde Besper-Pause).
- 2) Der Minimal-Lohn beträgt für die so normirte Arbeitszeit 1 Thaler per Tag, 6 Thaler per Woche, und wird allwöchentlich ausbezahlt. Für Afford-Arbeiten würde eine entsprechende Lohnhöhung von 20 Prozent nothwendig sein, welche wir ebenfalls von Ihnen bewilligt zu sehen wünschen; jedoch muß bei allen Afford-Arbeiten mindestens der Minimal-Lohn als Abschlagszahlung gelten.
- 3) So lange die Sonntags- und Feierabendarbeit nicht ganz beseitigt werden kann, verpflichten sich Meister und Gesellen, nur in den allerdringendsten Fällen von derselben Gebrauch zu machen, und werden Arbeiten nach 7 Uhr Abends, sowie Arbeiten an Sonn- und Feiertagen die Stunde mit 5 Sgr. bezahlt.

Wir glauben auf eine weitere Empfehlung dieser Vorschläge um so eher verzichten zu können, als ja in den meisten Gewerlen und Fabriken die Arbeitszeit von früh 7 Uhr bis Abends 7 Uhr bereits durchgeführt ist, oder doch in nächster Zeit eingeführt werden wird. Wenn wir die Mittags-Pause 1 1/2 Stunde wünschen, so ist dies gewiß keine unbillige Forderung und haben humane Meister ja auch bereits mehr als eine Stunde Mittags-Pause genehmigt. Desgleichen werden Sie wohl einräumen, daß unsere

Forderung von 1 Thaler Minimal-Lohn pro Tag eine unbillige nicht genannt werden kann. Unter 1 Thaler per Tag kann ein unverheiratheter Arbeiter kaum leben und bei anstrengender Arbeit neue Kräfte sammeln; von einem verheiratheten gar nicht zu sprechen.

Wir haben uns bereits bei der Formulirung unserer Vorschläge von der Idee leiten lassen, daß Meister und Gesellen ein gemeinsames Interesse an der Gewährleistung dieser Forderung haben, und dem Grundsatz gehuldigt: „Was für den Einen recht, ist für den Andern billig.“

Das unterzeichnete Comité, von den hiesigen Tischlergesellen beauftragt, Ihnen diese Zuchrift zu unterbreiten, ersucht zugleich um gefällige Rückäußerung bis 1. Februar 1873, indem obengenannte Forderungen bis zum 1. April in Kraft treten sollen; das Comité ist auch zu jeder Zeit bereit, mit der löblichen Meisterschaft in corpore oder mit einem Comité derselben, behufs gütlicher Regelung dieser Angelegenheit in personlichen Verlehr zu treten, und erbittet Zuchriften unter der Aufschrift: „Comité der Kölner Tischler-Gesellen“ per Adresse Joseph Zann, Thieboldgasse Nr. 128 richten zu wollen. Die Tischler Köln.“

**Köln, 13. Januar.** Heute fand hier selbst eine zahlreiche besuchte Volksversammlung statt. Gegenstände der Tagesordnung waren 1) die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klasse. 2) Der Buchdruckerstreik in Berlin und die heutige Presse. Julius Scheil aus Breslau, welcher hier durchreiste, übernahm das Referat über den 1. Gegenstand der Tagesordnung. Die „Kölnische Volkszeitung“ spricht sich über den Verlauf der Versammlung in einem objektiv gehaltenen Bericht also aus: „Herr Scheil aus Breslau sprach über die indirekten Steuern und über die Lage der arbeitenden Klasse“ und erwähnte die ehemahligen Frohndienste, die Zehnten und dergleichen Abgaben, 1/2 indirekten und 1/2 direkten Steuern, das Anziehen der Steuerfäden, die beabsichtigte Tabaksteuer trotz der Milliarden, und die Einkommensteuer. Diese direkte Steuer, so führte Redner aus, sei zwar gegenwärtig bis zur Einführung einer „anderen sozialen Ordnung“ die beste, müsse aber später durch die Gewerbesteuer ersetzt werden, welche hauptsächlich auf den großen Umsatz zu legen wäre, nicht auf den Arbeiter und den kleinen Handwerker. Bei der Kritik der Einkommensteuer bezeichnete Herr Scheil es als einen Uebelstand, daß man das Einkommen der Arbeiter und der untersten Beamten-Kategorien bis zum letzten Pfennig lenne und somit ganz einschlagen könne, während dies bei dem Einkommen großer Produzenten nicht der Fall sei. Bei Besprechung der Lage der arbeitenden Klasse zog Redner die Sklaverei, die Feudal-Herrschaft, die die Arbeiter auf die Straße setzenden Maschinen, den Aktienchwandel, der das Kleinkapital absorbire, herbei, und begab sich dann auf das religiöse Gebiet. Scheil sprach sich ohne Rücksicht im Geiste Feuerbach's aus und behauptete, das Christenthum habe zur Sklaverei erzogen. Er vertörschte auf das Christenthum der Zukunft, das echte Christenthum, das erst anfangen müsse. Dem Sage des St. Simon gemäß müsse allen Menschen eine freie Entwicklung gestattet, der freie Unterricht eingeführt und für alle zugänglich gemacht werden, von der Elementarschule bis zu den höchsten Lehr-Anstalten. Am Schlusse dieser Rede ließ der Antrag auf eine Weltversammlung ein, deren Ueberkunft nach Abzug der Tageskosten den strickenden Schriftsetzern in Berlin überwiesen werden solle. Der Ueberfluß betrug nur 1 Thlr. 8 Sgr. 10 Pf. Herr Schumacher sprach über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, über den Buchdruckerstreik, wobei er besonders auf die Erklärung der „Berliner Vorkens-Zeitung“ und auf die Antwort der Sezer in der „Demokratischen Zeitung“ Rücksicht nahm. Herr Schumacher „wies schlagend nach“, die „Patrone“ der „Vorkens-Zeitung“ hätten Unrecht, die Sezer Recht; jene hätten falsche Angaben gemacht, diese die richtigen. Sodann nahm er die National-Liberalen in's Gebet, und ging dabei von einer in Ehrenfeld abgehaltenen Versammlung von Vertretern dieser Partei aus. Er führte aus, den Ultramontanen verdente man es arg, daß man auf ihre Kanzelvorträge nicht antworten könne; sie selbst aber — die National-Liberalen — schloffen bei ihren Versammlungen die Oeffentlichkeit aus. Den Ehrenfelder Herren war es jedoch passiert, gerade Herrn Schumacher zuzulassen, und deshalb war dieser in der Lage, daselbst gehaltenen Vortrag gründlich und geschickt zu persifliren. Nachdem Herr Heich die Sezer aufgefordert, sich gegenüber ihren Prinzipalen zu vereinigen, sprach Herr Ries über die liberale Presse. Wir erwähnen zum Schluß noch, daß an der Versammlung ziemlich viele Schriftsetzer und Buchdrucker, und zwar solche, welche dem „Verbande“ nicht angehören, sondern zu dessen Gegnern zählen, Theil nahmen. Doch beteiligten sich dieselben nicht an der Debatte.“

**München.** Zur Aufklärung. Von einer Geschäftsreise zurückgekommen, lese ich in Nr. 1. Ihrer geschätzten Zeitschrift eine Korrespondenz von hier, datirt vom 4. Dezember, unterzeichnet: Jul. Scheil. Zur Erklärung derselben diene Nachstehendes: Gögg ersuchte mich, unter allen Umständen eine Debatte nach seinem Vortrag zu verhindern, da er befürchtete, es möchten seine in Rürth, Nürnberg und Augsburg professirten Vorträge durch die bayrische Polizei verboten werden, da sie in diesem Falle nicht mehr als wissenschaftliche Vorträge, sondern als Agitation für die internationale republikanische Partei aufgefaßt werden könnten. Obwohl ich dieses vor der Versammlung den Herren Schneider und Scheil mittheilte und sie bat, von einer Debatte abzusehen, ihnen ferner den Vorschlag machte, diese Debatte auf eine spätere Versammlung zu vertagen, zu welcher ich mit meinen Freunden erscheinen würde, verlangte Scheil sofort nach Schluß von Gögg das Wort. Ich sah mich dadurch veranlaßt, vor der Versammlung nochmals die Gründe anzubringen, welche Gögg bestimmten, die Versammlung zu bitten, eine Debatte für diesen Abend zu unterlassen. Hierauf griff Scheil in der schroffsten Weise Gögg und mich an. Wir sollten offen erklären, ob wir uns zum Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bekennen oder nicht, denn nur in diesem Falle wären wir wahre Demokraten, andernfalls Bourgeois (c.). Ich sah mich dadurch veranlaßt, da viele jüngere Arbeiter Gögg nur dem Namen nach kennen, eine biographische Skizze dessen Lebens zu geben und bat nochmals die Versammlung, den Wunsch des Gastes zu ehren und von einer Debatte abzulassen. Da diesem Wunsch nicht willfahrt wurde, so blieb uns nichts anderes übrig, als die Versammlung zu verlassen.

Mit freundlichem Gruß A. Kröber. (Die Redaktion des „Volksstaat“ enthält sich jeder weiteren Urtheilsäußerung. In Betreff unserer Notiz über eine Anklage der „Frankfurter Zeitung“ gegen Gögg, freut es uns, konstatiren zu können, daß wir uns geirrt hatten. Gögg hat allerdings und zwar sofort das Nichtigke der Anklage — Gögg sei ein verkappter Regierungsagent für die Nördliche Pacific-Bahn — nachgewiesen und die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ zum Widerruf der Anklage gezwungen. Die bez. Erklärung Gögg's — die uns leider entgangen war, steht in der „Frankfurter Zeitung“ vom 30. Oktober — die Anklage war in der Nr. des 23. Oktober erschienen. Red. v. Volksstaat.)

**Köln, 15. Januar.** Am Montag, den 13. d. Mts. erfolgte in einer hiesigen Kattunweberei ein Arbeiterschlach und zwar auf folgende Weise: Sämmtliche Arbeiter erklärten nicht mehr für den jetzigen Lohn arbeiten zu können, und kamen überein, 3 Mann aus ihrer Mitte zu wählen, die an den Fabrikherrn das gar zu mäßige Ersuchen stellen sollten, den Lohn zu zahlen, den er vor 7 und 8 Jahren gezahlt habe. Diese 3 Mann erhielten von dem Fabrikherrn die schärfste Antwort, welche sich nur von dem brutalsten Bourgeois erwarten ließ: „Wenn Ihr mit dem jetzt bestehenden Lohne nicht zufrieden seid (und dieser besteht im Durchschnitt bei einem guten Arbeiter in 4 Thlrn.), so kommt Ihr alle insgesammt Euer Zeugniß ohne Kündigung haben.“ Worauf am Dienstag sämmtliche Weber, den Ausschuss an der Spitze, nochmals nach der Fabrik gingen, um zu erfahren, ob der Herr Fabrikant bei seiner ersten Aussage beharre. Die Fabrik war mit Gendarmen ziemlich stark besetzt, Thüren und Fenster fest geschlossen. Und so erhielten wir 36 Weber statt aller Antwort in Zeit von einer Stunde alle unsere Entlassung. Kaum daß 3 Stunden verstrichen waren, erhielt von demselben guten Herrn, welcher soeben unsere Entlassung verfügt hatte, ein Arbeiter das Ersehen, zu ihm zu kommen. Dieser Arbeiter erhielt die hochedelmüthige Versicherung, daß Aussicht da sei, daß er die Woche 15 Sgr. mehr verdiene.

Dieses Anerbieten haben wir aber einstimmig zurückgewiesen und sind wir fest entschlossen, so lange auszuhalten, bis der Fabrikant unsern Ansprüchen einigermaßen gerecht geworden ist. Es ist wünschenswerth, daß alle arbeitervreundlichen Blätter dieses weiter verbreiten.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß und Handschlag 3. M.

**Biffen, 14. Januar.** In der Fabrik von Brinkmann u. Co. besteht eine Fabrikordnung, die zur Veröffentlichung um so mehr geeignet ist, als sie ein großes Schlaglicht wirft auf die Sophistereien der Harmonielehre. Es heißt da: Reglement § 1) Jeder Arbeiter ist gehalten, die ihm zugetheilte Marke jeden Morgen und Mittag abzunehmen und im Kasten seiner Werkstatt aufzuhängen. § 2) Der Portier ist streng gehalten, keinen Arbeiter ohne Marke durchzulassen. § 3) Die Arbeitslöhne werden nach der Kontrolle der Marken ausgeschrieben. § 4) Wer nicht pünktlich um 7 Uhr kommt, kann um 8 Uhr anfangen, es geht jedoch die Arbeitszeit um 9 Uhr an. § 5) Wer nachmittags um 1 Uhr nicht da ist, kann den Nachmittag nicht zugelassen werden. § 6) Liegen triftige Gründe für verspätetes Kommen vor, muß es dem Werkmeister sofort unterbreitet werden. § 7) Wer sich anderswo als bei dem Portier-Haus einen Eingang verschafft oder für einen Andern die Marke abnimmt, wird sofort entlassen. § 8) Wer seine Marke verliert wird mit 5 Sgr. bestraft.

Die Fabrik der Herren Brinkmann u. Comp. ist eine Maschinenfabrik nebst Gießerei. Die Arbeiter der Gießerei, die pünktlich des Morgens und Mittags anfangen sollen, müssen es sich gefallen lassen, wenn durch zu spätes Ankommen des Gießens ihre Arbeitszeit um ein Bedeutendes verlängert wird. Die Arbeitszeit währt von morgens 7 Uhr ohne Unterbrechung bis 12 Uhr, von 12 bis 1 Uhr Pause; von 1 bis 6 Uhr ohne Pause. Vorigen Winter war die Arbeitszeit von 7 bis 12 Uhr, mit Unterbrechung einer halben Stunde zum Frühstück, und von 1 bis 7 Uhr ohne Pause. Wird nun spät zu gießen angefangen, dann sind auch die Formen zu späterem Weilen genöthigt, denn sie arbeiten in Afford. Daß dem Fabrikanten die Verlängerung der Arbeitszeit nur erwünscht sein kann, ist einleuchtend. Je länger die Arbeitszeit je größer der Profit des Fabrikanten. Daraus erklärt sich auch, daß man die Frühstücks- und Besperpausen möglichst einzuschränken, wenn nicht ganz aufzuheben trachtet. In genannter Fabrik nun war es Sitte, daß sich die Arbeiter in der Gießerei Kaffee kochten. Nach der neuen Ordnung ist Essen und Trinken in der Fabrik verboten. Ist der durch Dunst und Hitze angegriffene Arbeiter eines Trankes bedürftig, dann steht ihm, da Bier und Schnaps verboten sind, das Wasser der Ruhr zur Verfügung, das durch die Leitung geliefert wird. Zu bemerken ist noch, daß dem Formner für schlechte Stücke (sogenannte Brads) nichts vergütet wird, und doch ist derselbe in den meisten Fällen an dem Mißlingen der Form schuldlos, da das Gelingen wesentlich von der Beschaffenheit des Materials abhängt. Der geplagte und schlecht bezahlte Arbeiter muß also auch noch das Risiko übernehmen. Ferner ist noch hervorzuheben, daß mit den befähigteren Arbeitern die Arbeit vertheilt wird; diesen werden dann minder tüchtige Arbeiter oder Lehrlinge beigegeben, die dann von ihrem Mitarbeiter auch den Lohn empfangen. Es wäre jedenfalls besser, wenn die tüchtigen und die minder befähigten Arbeiter gesondert arbeiteten. (Ist die Einrichtung so getroffen, daß der unbefähigte Arbeiter von seinem befähigteren Genossen ausgebeutet werden kann, dann ist das gesonderte Arbeiten zu empfehlen; im anderen Falle aber ist eine Anweisung dem schwächeren Arbeiter nur von Nutzen.)

**Neudorf, 14. Januar.** Da wir lange nichts haben von uns hören lassen, so könnte man glauben, in Neudorf sei Alles eingeschlafen; das ist aber nicht der Fall, denn hier ist ein Funken eingeschlagen, der zwar langsam glüht, aber nicht auszulöschen ist. So hat bei uns am Neujahrstage eine Mitgliederversammlung stattgefunden, zu der ein Vorschlag von Klaus aus Budan eingegangen ist und den wir den betreffenden Parteigenossen in Halberstadt, Magdeburg, Dessau und Neudorf hiermit zur Kenntniß bringen. Da die Agitation in unserm Kreise sehr nothdürftig betrieben wird und dieselbe einem Orte föhlich nicht übertragen werden kann, so wollen die genannten Ortschaften zusammen ein Agitationscomité gründen. Jedes Mitglied zahlt monatlich einen Mitgliedsbeitrag. Um die Angelegenheit rasch zu erledigen, ist der 20. Januar zu einer Versammlung festgesetzt, zu der jede Mitgliedschaft obgenannter Ortschaften 2-3 Vertreter hieher zu senden hätte. Neudorf ist zum Versammlungsort vorgeschlagen, weil es der Mittelpunkt ist. Um nun nichts zu versäumen, laden wir die Delegirten zu Sonnabend ein, damit die Verhandlungen Sonntag früh 9 Uhr beginnen können. Am Abend ist kleines Tanzvergnügen. Wer zu dieser Feierlichkeit kommen will, hat sich baldmöglichst an Unterzeichneten zu wenden. Für Quartier wird gesorgt.

Mit sozialdemokratischem Gruß Gottlieb Köder.

**Hemscheid.** Die Arbeiter in den Feilenfabriken fordern Lohn-erhöhung und es ist ihnen daher von den Fabrikanten, die sich verpflichtet haben, darauf nicht eingehen zu wollen, gekündigt worden. Da die Kündigung sich nicht nur auf Feilenhämmer und Zuschläger erstreckt, sondern auch auf die Feilenhauer, so gehen in nächster Zeit 800 Arbeiter müßig. Die Unterstüßungen, welche diesen von anderer Seite zufließen werden, können unmöglich dem von den Feilenarbeitern bisher geführten Leben auch nur im Mindesten entsprechen, und bei vielen Familien wird daher bald Mangel und Noth Einzug halten. Wer von der unter dem Fabrikanten getroffenen Vereinbarung abweicht und bevor die Angelegenheit geschlichtet ist, weiter schmieden läßt, muß für jedes Feuer eine Conventionalstrafe von 500 Thaler bezahlen. Zu dem Ende sind

bereits 27,000 Thaler hinterlegt worden. — Nach den neuesten Nachrichten sollen bereits an 200 Arbeiter an dem Strife engagirt sein.

**Handsbek, 12. Januar.** In Folge der Anwesenheit des Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Herrn Hasenclever in dem benachbarten Hamburg berief der Bevollmächtigte des benannten Vereins am hiesigen Orte am 7. d. Mts. eine Volksversammlung. Wenn der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hier am Orte nicht sehr stark vertreten ist, so hielten wir es doch, da sämmtliche Vorstandsmitglieder und mehrere Agitatoren des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Hamburg anwesend waren, für zweckmäßig, Parteigenossen aus Hamburg einzuladen. Daß diese der Einladung nachgekommen sind, erwies sich als sehr zweckdienlich. Richter (Hannover) führte den Vorsitz. Hasenclever hielt einen Vortrag über Menschenrechte. Ihn unterstützten Tölke und Hörig. Wenn die Reden der Führer und Agitatoren des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins immer in der Art und Weise gehalten würden, wie die hier gehörten, dann würde sicherlich die Vereinigung der beiden Fraktionen nicht mehr lange auf sich warten lassen. Ganz besonders müssen wir Tölke, den Schreiber der so sehr interessanten Artikel „Gegen die Ehrlichen“ im „Neuen Sozialdemokrat“ erwähnen. Er bekannte hier offen: Wäre ich 1869 aus dem Arbeiterverein ausgetreten, dann wäre ich jetzt auch sicher bei den Eisenachern.

Hasenclever betonte mit ganz besonderm Nachdruck, daß der Vorstand einstimmig beschlossen habe, so viel wie möglich bei Wahlen mit uns Hand in Hand zu gehen; als Beweis führte er an, daß die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Wahlkreise Bebel's gehalten sein, letzterem ihre Stimme zu geben. Wir glauben aber, der Grund, daß diese Herren sich in einem weniger feindlichen Ton uns gegenüber äußerten, lag darin, daß wir, wenn nicht die Majorität, doch mindestens ebenso zahlreich in der ziemlich stark besuchten Versammlung vertreten waren wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Letzterer war durch einen großen Theil Hamburger mit vertreten. Unsererseits traten Praast, Schulz, Köhler, Wendi und Kübel auf. In der Volksversammlung Tags vorher, die gleichfalls vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beehrt wurde, ward Praast auf Beschluß der Versammlung das Wort entzogen. Hier wurde, nachdem Hasenclever und Hörig ziemlich zusammen anderthalb Stunden gesprochen die Redezeit auf 10 Minuten festgesetzt. Von unsern Rednern wurde als Hauptgegenstand die Vereinigung hervorgehoben. Es wurde ausgeführt, wie es eine Freude für unsere Gegner sei, wenn wir uns stets und immer in den Haaren lägen und es müsse einem wahren Sozialdemokraten keine Ruhe lassen, bis der Weg gefunden sei, worauf die beiden Fraktionen gemeinschaftlich marschiren könnten. Ferner wurde es unbegreiflich und direkt als prinzipwidrig von einem Redner bezeichnet, daß Hasenclever für die Kriegsanleihe im Reichstage gestimmt habe, indem hervorgehoben wurde, daß die Sozialdemokraten sich erst ein Vaterland gründen wollen. Tölke der Schweizer als einen Agenten der preussischen Regierung hinstellte, wurde interpellirt, weshalb er denn so lange mit Schweizer durch Dick und Dünn gegangen sei. Die Antworten, die beide Herren vorbrachten, waren wohl ange-gehan, um Leute, die wenig zu denken vermögen, zu überzeugen; aber damit, daß Hasenclever sagte: Napoleon hätte den Krieg begonnen, und zugleich sei er auch der größte Feind der Sozialisten, deshalb habe Redner für die Anleihe gestimmt, erwarb er sich nur sehr wenig Glauben bei den Anwesenden.

Tölke tischte die bekannte Phrase auf: „Ich trat nicht aus dem Verein, obgleich ich wußte, daß Schweizer im Dienst der Regierung stand, weil ich im Verein Opposition gegen ihn machen wollte.“

Die Versammlung hat überall den Eindruck hinterlassen, daß, wenn beiden Fraktionen nur die Möglichkeit eines gegenseitigen Aussprechens öfter geboten wird, wir bald vereint gegen unsere gemeinsamen Feinde marschiren werden. Diese Versammlung war die erste seit dem Bestehen unserer Partei, wo in Hamburg und dessen Umgegend, wo sich beide Fraktionen, sowohl an Kopfzahl und Rednern, das Gleichgewicht hielten. Wünschen wir, daß auch sie uns die Vereinigung um ein Bedeutendes näher gerückt habe. — Ganz besonders möge sie dazu beigetragen haben, wenigstens hier in dieser Gegend ein Hand in Handgehen zu ermöglichen.

**Briefkasten:** der Expedition: Ugrine in Mitradista für Schriften 2 25. — Vogel in Berlin für Schriften 25 Gr. — Schlechter in Dresden 4. Qu. 21 Thlr. — Dula-Pst. in Prag 2 Thlr. 25 Gr. erhalten. — Sautz in Hamburg 4. Qu. 21 Thlr. 16 Gr. 5 Pf., für Schriften 20 Thlr. — Lenz in Hamburg für Schrift 1 Thlr. — So-man in Altona 9 Thlr. 13 Gr. 5 Pf. — Geib in Hamburg für An-nonce Arbeiterverein 1 Thlr. 19 Gr. — Stopper und Borchardt 5 Gr. — Lüttjohann in Wandbeck für Abonnement und Schriften 21 27, für An-nonce 9 Gr. — Hergel in Grimmitzschau 4. Qu. 14 11 5 — Fehlsche in Berlin 1 Qu. 25 Gr. — Jennmann in Duisburg 1. Qu.

5 Thlr., Markt Rest incl. Porto-Rückvergütung 4 Thlr. — Arbeiterpartei Reich für Annence 1 Thlr. 4 Gr. — Hentz in Apolda für Annence 1 Thlr. 6 Gr. — Schäfer in Mainz 4 Qu. 45 Thlr. — Schneider in Morburg für Schriften 3 7 2; die 14 Gr. für Schriften erhalten folgert diese Rede. — Volkverein in Glauchau Annence 1 Thlr. — Rest in Frankenberg Annence 8 Gr. Ihre Bilder sind noch auf Lager und bitten wir über selbe zu verfügen, da wir keinen Abzug hierfür finden. — Mangel in Eslingen Annence 4 Gr., bitten künftig bei Geldsen-dungen anzugeben, wofür dieselben bestimmt sind, damit Buchung auf bestimmtes Comto erfolgen kann. — Lerra in Berlin 17 Gr.

**Fond für politisch Gemahregelte.**  
Girsch in Mainz 2 Thlr., Arbeiterverein Genf 5 Thlr. 10 Rgr., freiwillige Samml. im Arb.-Bld.-Verein Leipzig 8 Thlr. 27 Rgr.

**Berlin.** Montag, den 20. Jan., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Lorenz, Grünstraße 32, Vortrag des Herrn Kayser. Mitgliedschaft und Freude der Partei sind freundlichst eingeladen.  
Den 15. Jan. 1873. Mit Gruß Bading, Vertrauensmann.

**Berlin.** Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeit. Die hiesigen Mitglieder versammeln sich regelmäßig jeden Sonnabend Abends halb 9 Uhr Weberstraße 24a bei Wöbbs. Zurisende Genossen erhalten daselbst zu jeder Zeit gewünschte Auskunft, sowie auch Arbeitsnachweis. Der Vertrauensmann.

**Frankfurt a. M.** Die Parteigenossen versammeln sich jeden Samstag, Abends 9 Uhr im Gasthaus zur Stadt Kreuznach, Dominikanergasse 10.  
NB. Im Gasthause liegt der „Volksstaat“ aus.

**Glauchau.** Montag, den 20. Januar, Abends von 6 Uhr ab wird der Volksverein eine **Allgemeine Volksfestfeier** verbunden mit **Instrumental- und Vocal-Concert, Festreden** von anwesenden tüchtigen Sprechern, **Massengefang** im hiesigen Theaterlokal veranstalten. Gleichzeitig wird eine telegraphische Station daselbst eröffnet werden und sind alle Vorkehrungen getroffen, noch an diesem Abend die Wahlergebnisse vom ganzen Bezirk zur Einsicht zu bekommen. **Programm und Liedertext am Eingang.** Alle Gesinnungsgenossen von nah und fern laden hierzu freundlichst ein.

**Hamburg.** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Versammlung am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags präcise 4 Uhr, in Hansch's Clublokal, Schauenburgerstraße 14.  
Tagesordnung: 1. Rückblick auf das Jahr 1872, Referent Geib, 2. die Einigungsbestrebungen. — Gäste haben Zutritt. D. V.

**Leipzig.** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 18. Januar Generalversammlung bei Reidler, Gr. Windmühlenstraße 7. Tagesordnung: I. Abrechnung des Gewerkschafts- und des Krankencassiers. II. Ergänzungswahl des Ausschusses. Die Mitglieder werden auf § 26 der Krankencassens-Statuten aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

**Würzburg.** Der Verkehr und Arbeitsnachweis der Schuhmacher befindet sich von heute an in der Restauration Weigand, Stimmelsstraße.  
Soeben ist erschienen und von der Buchhandlung des Volksstaat zu beziehen.

**Der Leipziger Hochverrathsprozeß.**  
Sechstes Heft.  
Preis: 2 1/2 Rgr. Wiedererläßern Rabatt.  
**Marx Kapital.**  
Siebentes und achtes Heft.  
Preis des Heftes 10 Rgr. Wiedererläßern erhalten Rabatt.  
A. Adelt, Sachsens Erhebung und das Juchthaus in Waldheim. Preis 10 Gr.  
B. Gomb, Freie Gedanken. Gedichte. Preis 1 1/2 Gr.  
H. Remminger, Die Freimaurer. Eine Gesangsarbeit. Preis 5 1/2 Gr.  
**Kunstanzeige.**  
In der lithographischen Anstalt von A. Gehrman u. Co. in Ham-burg ist soeben erschienen:  
**Ferdinand Lassalles Duell,**  
gezeichnet von Th. Förster, in Doppeldruck.  
Ein Gedichtblatt des großen Vorkämpfers für das Wohl der Arbeiter.  
Preis pr. Exemplar 9 Gr., pr. Dugend 2 1/2 Thlr.

# Zur gefälligen Beachtung!

**Montag, den 20. d., Abends nach 6 Uhr,**  
findet im Theater-Saale in Glauchau eine freundschaftliche Zusammenkunft aller bei der Wahlagitation zur Wiederwahl Bebel's beteiligten Personen statt.

In dieser Versammlung, die bestimmt den Charakter einer allgemeinen Feier des Wahlsiegs annehmen wird, und zu welcher alle Parteigenossen des Wahlkreises eingeladen sind, sollen die einlaufenden Berichte sofort öffentlich proklamirt werden.

Es ist deshalb nothwendig, daß alle Lokal-Wahlkomitees Sorge tragen, daß das Wahlergebnis **per Telegramm,**

wo dies nicht möglich, durch einen **Expres-Boten**

uns unverzüglich mitgetheilt wird. Alle Telegramme, die enthalten müssen die Stimmenzahl, welche für Bebel sowohl, wie für den Gegenkandidaten abgegeben wurden, sind zu richten an:

**Hermann Albert, Theater-Saal in Glauchau.**  
Das Gesamt- Ergebnis der Wahl wird den zunächst Beteiligte und interessirten Personen sofort mitgetheilt werden.

Noch erlauben wir uns die Lokal-Wahlkomitees so wie alle Wähler darauf aufmerksam zu machen, daß die Wahlhandlung eine öffentliche ist, daß also kein Wahlvorstand berechtigt ist, die Auszählung der Stimmzettel hinter verschlossenen Thüren vorzunehmen, sondern jeder Wähler nicht nur zu jeder Zeit im Wahllokal anwesend sein darf, sondern ganz entschieden berechtigt ist, der Auszählung der Stimmzettel beizuwohnen.

Parteigenossen, Glückauf zum 20. Januar!  
**Glauchau, den 15. Januar 1873.**

**Theodor Nord.**  
Leipzig: Verantw. Redakteur R. Seiffert. (Redaktion und Expedition Poststr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.